



**Afghanistan
Konferenz 2025**

**Afghanistan und wir:
Perspektivlosigkeit,
Schutz und politische
Verantwortung**

Montag, 19.05.2025

9-17 Uhr

Französische

Friedrichstadtkirche

Berlin

Die Lage in Afghanistan bleibt alarmierend: Menschenrechtsverletzungen, fehlender Zugang zu Bildung und humanitäre Not bestimmen den Alltag. Diese Konferenz bringt Fachleute, Zivilgesellschaft und Politik zusammen, um drängende Fragen zur Situation in Afghanistan, zur Aufnahme von gefährdeten Afghan*innen, der Situation im Asylverfahren und zum Leben in Deutschland zu diskutieren.

- **Aktuelle Lage in Afghanistan & von Afghan:innen in Deutschland verstehen**
- **Austausch mit Expert:innen & Aktivist:innen**
- **Gemeinsam Lösungen diskutieren**



Flüchtlingsrat
Schleswig-Holstein e.V.



Kreisverband
Berlin-Mitte e. V.

Flüchtlingsrat
Berlin



Landesweite
Flüchtlingshilfe



- 09:00 Anreise und Anmeldung
- 09:30 Begrüßung
Dr. Max Oliver Schmidt, Evangelische Akademie zu Berlin
Lava Mohammadi, FLINTA*-Aktivistin, Mitgründerin des
Afghanischen Stammtischs Schleswig-Holstein
Moderation Günter Burkhardt, Evangelische Akademie zu Berlin
- 10:00 Keynote
Richard Bennett, UN-Sonderberichterstatter Afghanistan

Aktuelle Situation in Afghanistan
Dr. Alema Alema, wissenschaftliche Mitarbeiterin Frankfurt
University of Applied Sciences
- 10:15 Uhr Genderapartheid und die Situation vulnerabler Gruppen
Shikiba Babori, Journalistin
Gespräch mit Dr. Alema Alema und Shikiba Babori
Moderation Farangis Sawgand
- 10:45 Uhr Kaffeepause
- 11:15 Uhr Podium "Aufnahme von Afghan*innen"
Artemis Akbary, Afghan LGBTQ
Hakan Demir, MdB, SPD
Katharina Voss, Diakonie Deutschland
Moderation Yana Gospodinova, Deutscher Caritasverband e. V.
- 12:00 Uhr Mittagspause
- 13:30 Uhr Parallelpanels

13:30 Uhr *Podium Asylrechtliche Entwicklungen*

Shikiba Babori, Journalistin

Annette Fölster, Rechtsanwältin

Margarete Milek, BAMF

Moderation Wiebke Judith, PRO ASYL

Workshop Realität Leben in Deutschland

Farangis Sawgand, Dichterin, ehem. Abgeordnete des Provinzrates (Mazar-e-Sharif) und des Jugendkongresses (Kabul), ehem.

Journalistin Radio ISAF der Bundeswehr

Annika Mainka, Mitarbeiterin bei Vafo e.V.

Lava Mohammadi, FLINTA*-Aktivistin, Mitgründerin des Afghanischen Stammtischs Schleswig-Holstein

Podium Diplomatische Beziehungen zu den Taliban?

Thomas Ruttig, Mitbegründer des Afghanistan Analysts Network

Dr. Alema Alema, wissenschaftliche Mitarbeiterin Frankfurt

University of Applied Sciences

Moderation Martin Gerner, Journalist, Autor (Finding Afghanistan)

15:00 Uhr Kaffeepause

15:30 Uhr Abschlusspanel: Politik in der Verantwortung

Schahina Gambir, MdB Bündnis 90/ Die Grünen

Dr. Ralf Stegner, MdB, SPD

Ulrich Weinbrenner, BMI

Hila Latifi, Aktivistin und Gründerin und Leiterin des SII - Systemisches Intersektionales Instituts

Moderation Günter Burkhardt, Evangelische Akademie zu Berlin

17:00 Uhr Ende der Veranstaltung

Positionspapier

Durch die Machtübernahme der Taliban 2021 hat sich die humanitäre und menschenrechtliche Lage in Afghanistan drastisch verschlechtert. Besonders Frauen* und Minderheiten leiden unter der brutalen Herrschaft. Mangelhafte Lebensmittelversorgung, fehlender Bildungszugang - vor allem für Mädchen* - sowie unzureichende Gesundheitsversorgung prägen die Situation.

Die Zahl afghanischer Schutzsuchender in Deutschland ist seit 2021 deutlich gestiegen. 2024 lebten mehr als 420.000 Afghan*innen hier. Die afghanische Diaspora ist zum Teil seit Jahrzehnten in Deutschland angekommen und ist aus Nachbarschaften, Schulen, Universitäten, Vereinen und Berufsalltag nicht mehr wegzudenken. Die afghanische Community ist ein Teil Deutschlands.

Gerade die Aufnahme afghanischer Geflüchteter wird politisch und medial oft undifferenziert diskutiert, obwohl sie dringend notwendig bleibt. Die Bundesregierung plant, humanitäre Aufnahmeprogramme wie das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan einzustellen und Abschiebungen in das Land zu forcieren.

Daher fordern wir:

Sichere Aufnahme ermöglichen

Die katastrophale Lage in Afghanistan erfordert gezielte Schutzmaßnahmen für besonders gefährdete Personen. Deutschland muss hier eine Vorreiterrolle einnehmen, zumal viele deutsche Institutionen über Jahre in Afghanistan aktiv waren.



Aufnahmeprogramme weiterführen

Menschen, die sich unter deutscher Mitwirkung für Demokratie und Menschenrechte eingesetzt haben, sind nun bedroht. Für sie kann ein rechtlicher Anspruch auf Rettung bestehen. Das Bundesaufnahmeprogramm und weitere Aufnahmewege müssen erhalten bleiben, hierbei müssen alle gefährdeten Familienangehörigen berücksichtigt werden. Die Zivilgesellschaft sollte stärker in Planung und Umsetzung einbezogen werden und eine langfristige Finanzierung ist sicherzustellen.

Resettlement aus Nachbarländern ermöglichen

Afghan*innen stellen weltweit die zweitgrößte Gruppe mit Resettlement-Bedarf. Resettlement bietet ein auf EU-Ebene vereinheitlichtes Aufnahmeverfahren, das gezielt besonders schutzbedürftigen Menschen Schutz bietet und zugleich zu einer ausgeglicheneren Verantwortungsteilung im globalen Flüchtlingsschutz beiträgt, in dem es Erstaufnahmeländer unterstützt. Zudem wird Resettlement durch AMIF-Gelder unterstützt.

Familienzusammenführung stärken

Die Schließung der deutschen Botschaft in Kabul hat den Familiennachzug massiv erschwert. Wartezeiten an Botschaften in Iran und Pakistan betragen oft über ein Jahr. Es braucht dringend mehr Bearbeitungskapazitäten und zum Beispiel die Ausnahme von der Anforderung an den Spracherwerb für afghanische Frauen. Landesaufnahmeprogramme können in Deutschland lebenden Afghan*innen eine zielgerichtete Aufnahme ihrer Angehörigen ermöglichen.

Tatsächlichen Schutz in Deutschland bieten

Trotz der dramatischen Lage in Afghanistan steigt die Zahl abgelehnter Asylanträge. Dabei verschlechtert sich die humanitäre Situation aktuell weiter, u.a. durch Kürzungen internationaler Hilfsgelder und Abschiebungen aus Nachbarstaaten.

Schutz im Asylverfahren

Afghan*innen haben ein Recht auf Schutz in Deutschland. Die Lage in ihrem Heimatland ist so prekär, dass ihnen bei Rückkehr Folter, unmenschliche Behandlung oder Verelendung droht. Entsprechend ist stets der subsidiäre Schutz oder ein Abschiebungsverbot zu gewähren; bei individueller Verfolgung durch die Taliban die Flüchtlingseigenschaft. Frauen werden – wie der Gerichtshof der Europäischen Union feststellte – als soziale Gruppe gezielt in Afghanistan verfolgt.

Keine Abschiebungen nach Afghanistan

Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention verbietet Abschiebungen wenn Folter und unmenschliche Behandlung drohen. Diese Gefahr besteht in Afghanistan, entsprechend verstoßen Abschiebungen nach Afghanistan gegen das völkerrechtliche Abschiebungsverbot. Zudem würde die regelmäßige Durchführung von Abschiebungen absehbar die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Taliban erfordern.

Echte Bleiberechtschancen

Rund 10.000 Afghan*innen leben nur mit einer Duldung in Deutschland. Sie brauchen verlässliche Bleiberechtsoptionen und bessere Integrationschancen, statt jahrelanger Unsicherheit.

Ankommen und Teilhabe erleichtern

Deutschland muss menschenwürdige Aufnahmebedingungen schaffen und Integrationsmaßnahmen stärken. Die deutsche Politik und die Zivilgesellschaft haben bereits wichtige Erfahrungen und Erfolge in den Bereichen Bildung und Arbeitsmarktintegration gesammelt. Dies bietet die Chance, afghanische Zugewanderte beim Ankommen und der Teilhabe zu unterstützen und durch Integrationsmaßnahmen die soziale und zivilgesellschaftliche Einbindung zu fördern.



Afghanische Diaspora-Organisationen unterstützen

Sie sind wichtige Ansprechpartner für Neuzugewanderte und können ein Bindeglied zwischen der afghanischen Community, anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Politik sein. Dafür müssen sie dringend unterstützt und stärker beteiligt werden.

Arbeitsmarktintegration erleichtern

Viele Afghan*innen verfügen über akademische und berufliche Qualifikationen bzw. haben ein Interesse, sich in Deutschland weiter auszubilden. Durch Zugang zu Arbeit, Ausbildung und Lehre können sie leichter gesellschaftlich ankommen und zugleich zur deutschen Wirtschaft beitragen. Hierfür muss den Menschen der Aufenthalt gesichert und die Arbeitsaufnahme erlaubt werden.

Zugang zu diskriminierungsfreier Bildung sicherstellen:

Kinder brauchen frühzeitigen Zugang zu Kitas und Schulen. Dafür müssen Barrieren abgebaut und pädagogische Fachkräfte für Diversität sensibilisiert werden, um den Kindern faire Chancen auf eine gleichberechtigte Zukunft zu eröffnen.

Pressekontakt

Mariella Lampe
Flüchtlingsrat Berlin e.V.
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin
Mobil: 01514 4940520
E-Mail: lampe@fluechtlingsrat-berlin.de

Farangis Sawgand
Afghanischer Stammtisch Verein SH
Diedrichstraße 2
24143 Kiel
Mobil: 0176 41532956
E-Mail: afg.stammtisch@mail.de



AFGHANISTAN KONFERENZ 2025

Afghanistan und wir: Perspektivlosigkeit, Schutz und politische Verantwortung

Kofinanziert u.a. durch:



Gefördert durch:

**Brot
für die Welt**

mit Mitteln des
Kirchlichen
Entwicklungsdienstes

**bpb: Anerkannter
Bildungsträger**

Der Dachverband Evangelische Akademien in Deutschland e. V. (EAD) ist ein anerkannter Träger der bpb. Die Evangelische Akademie zu Berlin gGmbH ist Mitglied der EAD.